61. Jahrgang No. 131

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 19. März 1913

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 20 Pf. wöchentl. bzw. 85 Pf. monatl. frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährl. M. 2.70. — Insertionspreis für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10151–10148. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin SW.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-6, Frankfurter Allee 61-62, Grosse Frankfurter Str. 51, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 4, Schulzendorfer Str. 57, Badstr. 55, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Potsdamer Strasse 33, Leipziger Str. 135, Blücherstr. 62, Charlottenburg: Tauentzienstr. 7, Kantstr. 24, Scharnhorstr. 59, Friedenau: Rheinstr. 50, Halensee-Grunewald: Hasenheide 1-2, Neukölln: Berliner Strasse 41, Pankow: Borsholmer Strasse 1, Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tempelhof: Berliner Str. 90, Tempelhof: Berliner Str. 104a, Weissensee: Berliner Allee 28, Wilmersdorf: Uhlandstr. 36-39, Brandenburg: Steinstr. 1, Frankfurt a. O., Regierungsstr. 5, Potsdam: Brandenburger Str. 23, Spandau: Breite Str. 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

König Georg von Griechenland ermordet.

Saloniki, 18. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus).

Der König von Griechenland ist heute nachmittag ermordet worden.

Saloniki, 18. März.

Der König von Griechenland wurde auf einem Spaziergang von zwei Individuen ermordet.

Wien, 18. März. (Privat-Telegramm.)

In Triest ist spät abends die folgende Depesche aus Saloniki eingetroffen: König Georg machte heute nachmittag seinen gewöhnlichen Spaziergang in den Strassen Salonikis. Er erfreute sich der besten Gesundheit und schien in bester Stimmung zu sein. Plötzlich wurde von einem Unbekannten ein Revolverschuss gegen ihn abgefeuert. Der König stürzte zusammen und wurde sofort in ein benachbartes Spital gebracht, wo er gleich nach seiner Einlieferung starb, ohne das Bewusstsein wiedererlangt zu haben. Der Mörder konnte verhaftet werden. Man kennt seine Nationalität nicht und konnte ihn bisher nicht identifizieren.

Der an überraschenden Ereignissen reiche Balkankrieg 1912/13 ist durch den Meuchelmord an König Georg I. von Griechenland um ein neues bereichert worden, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind. Mitten in den späten Triumphen seines an Erfolgen armen Lebens hat den 68jährigen König die Kugel des Mörders getroffen. Es ist zu spät, darüber nachzudenken, ob es geraten war, den König in dem kaum eroberten, aber noch lange nicht beruhigten Saloniki, das von den dunkelsten Elementen des Balkans vollgestopft ist, Aufenthalt nehmen zu lassen. Die Sorglosigkeit, mit der sich der König in dem kaum gewonnenen Lande bewegte, hat sich schwer gerächt.

Wilhelm, der Sohn des Königs Christian IX. von Dänemark aus dem Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, geboren am 24. Dezember 1845, nahm am 6. Juni 1863 die ihm von der griechischen Nationalversammlung angebotene Krone von Griechenland unter dem Namen Georg I. an. Er trat am 31. Oktober 1863 die Regierung an. Zur Bedingung der Annahme der Krone hatte er die Abtretung der Jonischen Inseln gemacht, die im englischen Besitz waren. Die Griechen hofften, daß er auch der Türkei gegenüber die nationalen Wünsche durchsetzen würde, wie es ihm England gegenüber gelungen war. Der König wollte es aber gegen den Willen der Großmächte nicht zu einem Kriege kommen lassen. Er blieb deshalb in Griechenland ein Fremder, um so mehr, als es auch unter seiner Regierung vorerst nicht gelang, die verzweifelte Lage der Staatsfinanzen zu heben.

Im russisch-türkischen Kriege blieb Griechenland bis zum Fall Plewnas neutral, erst dann ging ein Heer von 12 000 Mann nach Thessalien. Auf Grund der Beschlüsse des Berliner Friedens erhielt 1881 Griechenland fast ganz Thessalien und den albanischen Distrikt Arta mit 300 000 Einwohnern. Südalbanien mit Janina, das ihm ebenfalls zugesprochen war, hat es sich in dem gegenwärtigen Balkankriege unter blutigen Opfern erobern müssen. Als eines dieser Opfer ist nunmehr auch König Georg gefallen. Nach dem türkischen Kriege begann in Griechenland eine sparsame und ruhige Regierung, so daß König Georg am 31. Oktober 1888 sein 25jähriges Regierungsjubiläum unter lebhaften Sympathiebezeigungen der Nation feiern konnte.

1894 bis 1896 machte Griechenland eine neue Finanzkrise durch. Trotzdem ließen sich der König und das damalige Ministerium Delyannis durch die nationale Begeisterung zur Einmischung in den 1896 auf Kreta ausgebrochenen Aufstand gegen die Türkei drängen. Am 15. Februar 1897 landete eine griechische Abteilung auf Kreta, während in Thessalien die ganze griechische Armee auf Kriegsfuß gesetzt wurde. Am 17. April 1897 erklärte die Türkei an Griechenland den Krieg. Die Griechen erlitten, wie erinnerlich, Niederlage auf Niederlage, so daß der König schon am 11. Mai die Vermittelung der Mächte für einen Waffenstillstand nachsuchen mußte. Ein neues Ministerium setzte in der Kammer die Annahme des am 4. Dezember 1897 in Konstantinopel geschlossenen Friedens durch. Griechenland mußte eine Kriegsentschädigung von 4 Millionen türkischen Pfund (75 Millionen Mark) bezahlen und sich einer Kontrolle seiner Finanzen durch die Mächte unterwerfen.

Nach dem unglücklichen Kriege begann der König eine gründliche Reorganisation des Heeres und der Verwaltung, die in dem gegenwärtigen Kriege sich bewährt hat.

Die letzte Regierungstat des Königs war gestern die Audienz, die er dem Chef des deutschen Mittelmeergeschwaders, Konteradmiral Trummler, erteilte.

Der neue König.

Der Nachfolger des ermordeten Königs ist sein ältester Sohn Kronprinz Konstantin, Herzog von Sparta. Er steht im 45. Lebensjahre und ist mit der Prinzessin Sophie von Preußen, der Schwester des deutschen Kaisers, vermählt. Durch seine bedeutenden militärischen Erfolge im gegenwärtigen Kriege ist er zu großer Popularität gelangt.

Sturz des Ministeriums Briand.

Paris, 18. März. (Privat-Telegramm.)

Ministerpräsident Briand, der bei der heutigen Abstimmung über einen Zusatzantrag zur Wahlreform im Senat eine Niederlage erlitt, hat dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überreicht. Poincaré hat die Demission angenommen und die Minister beauftragt, die laufenden Geschäfte zu erledigen.

Die Propheten, die der Präsidentschaft Poincarés bewegte Zeiten voraussagten, haben sehr rasch recht behalten. Genau vier Wochen nach seinem Amtsantritt erlebt Raymond Poincaré seine erste Ministerkrise. Bei der gestrigen Abstimmung über einen Zusatzantrag zur Wahlreformvorlage im Senat, den Ministerpräsident Briand für die Regierung als unannehmbar bezeichnet hatte, blieb die Regierungspartei erheblich in der Minderheit. Briand reichte daraufhin die Demission des Kabinetts ein. Clémenceau hat somit sein Ziel, Briand über die Wahlreform zu Fall zu bringen, erreicht.

Wir erhalten nachstehende telegraphische Meldungen:

Paris, 18. März.

Im Senat wurde heute die Beratung der Wahlreform fortgesetzt. Nachdem der frühere Minister Viger gegen die Verhältniswahl, die die Regierung zwänge, die Minoritäten offiziell anzuerkennen, gesprochen hatte, erklärte

Ministerpräsident Briand:

Wenn die Beratung eine Lösung entgegen seinem Wunsche zum Ergebnis haben sollte, würde er nicht länger an der Macht bleiben. Wenn die Regierung ihr Versprechen nicht einlösen könnte, würde sie gezwungen sein zurückzutreten, in ihrem Ansehen erschüttert! Das um keinen Preis! (Beifall im Zentrum.) Die Regierung wolle mit dem Senat und der Kammer zusammenarbeiten. Der Senat dürfe die Reformversuche der Kammer nicht ohne Prüfung zurückweisen.

Darauf gab Ministerpräsident Briand einen Ueberblick über die Reformsaege seit 1885 und zeigte, daß die Reform zuerst von ihren gegenwärtigen stürmischsten Gegnern gepriesen wurde. Die Idee sei also gut republikanisch.

Briand erinnerte weiter daran, daß sämtliche Ministerien seit vielen Jahren die Wahlreform auf ihr Programm geschrieben hätten, sein Kabinett habe das gleiche getan. Ironisch wies er darauf hin, daß die Kammer, die selbst aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen sei, nach Ansicht der Gegner des Proportionalsystems ihre Mutter erschlagen und Muttermord begehen wolle. Die Regierung, so führte Briand weiter aus, müsse stark sein durch das Vertrauen der beiden Versammlungen. Fehle ihr das der einen, so bleibe ihr nur übrig zu gehen. Der Senat müsse in ein Kompromiß willigen, das imstande sei, das Land zu befriedigen. Seit 1910 seien von 49 Nachwahlen 34 dem Proportionalsystem günstig gewesen. Der Senat möge sich hüten, daß er sein Verhalten nicht zu bereuen habe. Die Regierung erbiete sich zu loyaler Mitarbeit; wenn der Senat sie zurückweise, müsse die Regierung zurücktreten.

Clémenceau

führte darauf aus: Der Gedanke einer Vertretung der Minderheiten, ursprünglich republikanisch, ist gegen die Republikaner verdreht und ausgebeutet worden. Man will selbst den Grundsatz der Majorität beseitigen, d. h. die letzte moralische Autorität, die es im Lande gibt. Der Konflikt bestehe, weil man die republikanische Mehrheit des Senats vor der heterogenen Mehrheit der Kammer beugen wolle. Aber der Senat wolle nicht in Konflikt mit der Kammer geraten. Wenn man ein System der Vertretung mit Vertretung der Minderheiten ausfindig mache, das mit dem Majoritätswahlsystem vereinbar sei, so werde er, Clémenceau, für Briand sein, aber er werde jedes System ablehnen, das dem Majoritätswahlsystem zuwiderlaufe.

Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen und Dringlichkeit erklärt. Der Artikel eins der Wahlreformvorlage verteidigte Senator Peytral seinen Antrag, in den Gesetzentwurf der Regierung einzufügen, daß kein Deputierter als gewählt zu betrachten sei, der nicht mindestens die absolute Majorität aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinige.

Ministerpräsident **Briand** erklärte: Wir stehen vor einer entscheidenden Minute; der Antrag Peytral schließt jede Möglichkeit eines Kompromisses aus. Er fügte hinzu, daß er, wenn der Senat den Antrag annehme, gehen werde. Der Ministerpräsident knüpfte an die Abstimmung die Vertrauensfrage.

Hierauf erfolgte die Abstimmung mit dem Ergebnis, daß der Antrag Peytral mit 161 gegen 128 Stimmen angenommen wurde. Die Linke begrüßte die Verkündigung des Ergebnisses mit dem Rufe: Es lebe die Republik!

Ministerpräsident Briand verließ in Begleitung sämtlicher Minister den Saal. Das Zentrum und zahlreiche Deputierte, die der Sitzung beigewohnt hatten, applaudierten ihm. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Paris, 18. März.

Die Anhänger des Proportionalwahlsystems der Kammer haben beschlossen, am Donnerstag zu Beginn der Sitzung einen Beschlußantrag vorzulegen, in dem an die früheren Beschlüsse der Kammer in der Wahlrechtsfrage erinnert und diese Beschlüsse aufrechterhalten werden.

Die Lage

Paris, 18. März.

Die durch den Sturz des Kabinetts geschaffene Lage wird allgemein als eine schwierige angesehen. Man glaubt auch, daß die Kabinettskrise ungewöhnlich langwierig sein dürfte. Mehrfach wird vermutet, daß Poincaré sich vielleicht zunächst an den Justizminister des scheidenden Kabinetts Barthou wenden werde, um ihm die Neubildung des Ministeriums anzuvertrauen, weil Barthou sich in der Frage des Verhältniswahlsystems nicht festgelegt habe. Doch heißt es auch, daß man an Etienne als den künftigen Ministerpräsidenten denke, da er als der Urheber des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit im Vordergrunde stehe. Im übrigen wird vielfach die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Annahme des Gesetzentwurfs über die dreijährige Dienstzeit infolge des Sturzes des Kabinetts Briand sehr unsicher geworden ist.

Sehr ernst wird auch der Konflikt angesehen, der vom Senat durch die Ablehnung des von der Kammer angenommenen Wahlreformentwurfs heraufbeschworen wurde. Die Anhänger des Verhältniswahlsystems sind über die Haltung des Senats sehr erbittert. In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, daß der Deputierte Charles Benoist, der Obmann des Wahlreformausschusses der Kammer und Urheber des Verhältniswahlentwurfs, beabsichtige, in der nächsten Kammersitzung einen von allen proportionalistisch Gesinnten unterzeichneten Antrag auf Auflösung der Kammer einzubringen. Durch Neuwahlen solle der Beweis erbracht werden, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung für das Verhältniswahlsystem sei. Bei den eventuellen Neuwahlen dürften die Konservativen, Nationalisten, gemäßigten und sozialistischen Anhänger des Proportionalwahlsystems ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung einen Bund zur Bekämpfung der Radikalen bilden. Unter den Freunden Clémenceaus herrscht über den Sturz